

*Wm P*

1985.11.18 P/Nr 743  
1985.08.01 9.0  
an *W. S. S. S.*

**MINISTERRAT**  
**DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**  
**MINISTERIUM FÜR POST- UND FERNMELDEWESEN**  
Hauptabteilung Betrieb und Verkehr  
des Post- und Zeitungswesens  
Abteilung Postbetrieb

Berlin, 19. April 1990  
F.: 2 31 21 94

Zusammenfassung

der Ergebnisse der 3. Beratung der Arbeitsgruppe Postverkehr in der  
"Gemeinsamen Regierungskommission zur weiteren Ausgestaltung der Post-  
und Fernmelde-Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und  
der Deutschen Demokratischen Republik"  
in Berlin vom 21. bis 23.3.1990

---

Gegenstand der Beratung war die von den Vertretern der DP vorgeschla-  
gene Tagesordnung:

1. Beratung der Berichte der Unterarbeitsgruppen über  
bisherige Ergebnisse ihrer Tätigkeit und Schwerpunkte  
der weiteren Arbeit:
  - 1.1. Nutzungsrecht
  - 1.2. Postbeförderung
  - 1.3. Zustellung
  - 1.4. Betriebssicherung/Nachforschung
  - 1.5. Schnellpostdienst
2. Abschluß einer Vereinbarung über die Aufnahme  
des Schnellpostdienstes
3. Bereitstellung von Arbeitsmitteln und Ausstattungs-  
gegenständen
4. Austausch weiterer Unterlagen zur wechselseitigen Information
5. Fortsetzung des Meinungsaustausches zu weiteren betrieb-  
lichen Fragen
  - 5.1. Kleingutverkehr
  - 5.2. Behälter- und Palettenverkehr
  - 5.3. Laufzeitprüfverfahren
  - 5.4. Aufgabenabgrenzung auf dem Gebiet des Beförderungswesens  
zwischen GDP/MPF und ZVL/VL

6. Erarbeitung des 1. Tätigkeitsberichtes an die  
Regierungskommission

7. Verschiedenes

Zu 1.1.:

Es wurde vereinbart, noch im April 1990 (nach Information der Nutzer durch die DBP) den Versand von Massendrucksachen in der Verkehrsrichtung DBP-DP aufzunehmen und in der Gegenrichtung den Versand von Werbeantworten zuzulassen. Massendrucksachen bis 500 g können uneingeschränkt, über 500 bis 3000 g zunächst in beschränktem Umfang nach vorheriger Absprache mit beiden Verwaltungen eingeliefert werden. Über die Notwendigkeit der Abgeltung der von der DP erbrachten Leistungen wurde prinzipielle Übereinstimmung erzielt; Höhe und Modalitäten der Verrechnung werden noch vereinbart.

Die generelle Zulassung von Massendrucksachen über 500 g ist spätestens zum 1.8.1990 vorgesehen. Die Unterarbeitsgruppe Nutzungsrecht wurde beauftragt, die dafür notwendigen Bedingungen zu erarbeiten. Dies betrifft insbesondere

- Anforderungen an die Fertigung leitfähiger Einheiten
- Anbringen einer zweiten, ablösbaren Anschrift  
(zur Verwendung als Benachrichtigung)
- Form der Absprache von Detailregelungen mit den Versendern.

Dazu werden an der nächsten Beratung der Unterarbeitsgruppe vom 4. bis 6.4.1990 in München zusätzliche Spezialisten des Beförderungswesens teilnehmen. Die DP ermittelt kurzfristig den Bedarf an Hubtechnik für eine mögliche durchlaufende Beförderung von Paletten (und zugleich von Textilbehältern für den Paketverkehr) bis in die Leitbereiche.

Es ist beabsichtigt, ab 1.7.1990 die Einlieferung von Wurfsendungen/Postwurfdrucksachen bis 50 g nach dem Bereich der DP bei Postämtern der DBP zu ermöglichen. Die von der Unterarbeitsgruppe vorgeschlagene Abgeltungsregelung (Vergütung von 90 % der eingenommenen Gebühren an die DP) bedarf noch der beiderseitigen Abstimmung mit den zuständigen

Stellen. Die DP wird mit Aufnahme des Versandes als kleinste Streuungseinheit (bisher politischer Kreis) den Zustellbereich und zusätzlich die Empfängergruppe "alle Abholer" zulassen.

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß mit Inkrafttreten der Währungsunion Voraussetzungen zur Aufnahme des Nachnahmeverkehrs entstehen werden. Die Unterarbeitsgruppe wurde beauftragt, die dazu erforderlichen betrieblichen Bedingungen zu erarbeiten, damit eine Abstimmung mit der Arbeitsgruppe Postbank erfolgen kann.

Die DBP äußerte den Wunsch, das Dienstleistungsangebot im Kleingutverkehr nach dem Bereich der DP um Selbstbuchersendungen zu erweitern. Aus nutzungsrechtlicher Sicht bestehen seitens der DP dagegen keine Einwände. Noch offene zollrechtliche Fragen werden beide Seiten kurzfristig mit den jeweiligen Zollverwaltungen klären

Im Zusammenhang mit bekanntgewordenen Absichten einiger Großversender, sich im grenzüberschreitenden Drucksachenversand und Paketverkehr für Teilabschnitte des Transports anderer Unternehmen zu bedienen, bekräftigten die Vertreter beider Verwaltungen ihre Absicht, durch marktgerechte Leistungsangebote auf die vollständige Nutzung des Postweges hinzuwirken.

#### Zu 1.2. und 5.1.:

Die Ergebnisse der Beratung der Unterarbeitsgruppe zur Gestaltung des Briefverkehrs ab Fahrplanwechsel 27.5.1990 (grundsätzlich E + 2, in einzelnen Relationen E + 1) und die dazu noch kurzfristig durchzusetzenden Maßnahmen wurden bestätigt. Die Bemühungen zur weiteren Erhöhung des Anteils E + 1 in verkehrstechnisch günstigen Relationen werden anlässlich der nächsten Beratung der Unterarbeitsgruppe vom 24. bis 26.4.1990 in Leipzig fortgesetzt. Dazu wird die DBP entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Im Rahmen des Informationsaustausches über den Briefverkehr wurden das Briefverteilamt 10 Berlin und die Briefabgangsbearbeitung des HPA Berlin-Marzahn besichtigt.

Die Unterarbeitsgruppe wurde beauftragt, Vorschläge zur Verkürzung der Laufzeiten im Paket- und Päckchenverkehr zu erarbeiten und u.a. die

Bündelung des Verkehrs im Raum Berlin sowie die Periodizität der Absendung von Transporteinheiten im grenzüberschreitenden Paketverkehr unter Beachtung der entsprechenden Kosten in die Untersuchungen einzu beziehen.

Zur Erörterung von Grundfragen der Gestaltung des Postverbindungsnetzes wurde vereinbart, am 3. und 4. Mai 1990 in Berlin eine spezielle Beratung der Arbeitsgruppe Postverkehr in veränderter Zusammensetzung durchzuführen. Tagungsorte: 3.5. MPF, 4.5. LPD. Dazu werden bis zum 25.4.1990 Thesen ausgetauscht.

#### Zu 1.3.:

Der Bericht der Unterarbeitsgruppe über den begonnenen Informationsaustausch im Zustelldienst wurde zustimmend zur Kenntnis genommen und die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser Aktivitäten bekräftigt. Die Schlußfolgerungen daraus werden von jeder Verwaltung unmittelbar eigenverantwortlich umgesetzt und bedürfen im gegenwärtigen Stadium noch keiner Vereinbarungen.

#### Zu 1.4.:

Es wurde ein Informationsaustausch mittels Statistiken über Verlust- und Beraubungsfälle vereinbart.

Die Sicherungsdienste der Ämter, die Postversände austauschen, werden künftig auf dem Gebiet der Verlustvorbeugung und -aufklärung unmittelbar zusammenarbeiten.

Die weitere Tätigkeit der Unterarbeitsgruppe konzentriert sich vor allem auf Vergleich und Anpassungsvorschläge

- für die Erfassung und Auswertung der Verluste und Beschädigungen mittels Datenverarbeitung,
- für den Nachforschungsdienst und
- zur präventiven und repressiven Sicherung im Postverkehr,

bezogen auf zu schaffende rechtliche und materielle Voraussetzungen sowie notwendige Schulungsmaßnahmen.

Zu 1.5. und 2.:

Es wurde eine Vereinbarung zur Aufnahme des EMS/Datapostdienstes im gegenseitigen Verkehr (für den Bereich der DP zunächst begrenzt auf Sendungen nach bzw. von Berlin) unterzeichnet. Die Einbeziehung weiterer Verkehrsräume im Bereich der DP ab Jahresmitte wird vorbereitet. Hierzu müssen zusätzliche Verbindungen durch die DP geschaffen und erforderlichenfalls weitere Flüge von und nach Berlin genutzt werden. Die DP informierte über die vorgesehene Einführung eines innerstaatlichen Schnellpostdienstes in der DDR. Gegen die beabsichtigte gleichlautende Verwendung des Begriffes "Datapost" für diesen Dienst bestehen seitens der DBP keine Einwände.

Zu 3.:

Die Vertreter der DBP informierten über den Stand der Prüfung der von der DP übermittelten Liste des Bedarfs an Ausrüstungen. Die DP wird dazu kurzfristig ihre Vorstellungen über die Rang- und Reihenfolge mitteilen.

Von der DP wurde die Übersendung einer Aufstellung der in Eigenproduktion hergestellten Arbeitsmittel angekündigt mit der Bitte um Prüfung durch die DBP, für welche Artikel künftig ein eventueller Bezug in Betracht kommen könnte.

Zu 4.:

Es wurden weitere Informationsmaterialien ausgetauscht.

Die Vertreter der DBP bekundeten das Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rentendienstes und übergaben entsprechende Unterlagen.

Zu 5.2.:

In Erwartung des zunehmenden Versandes von Katalogen und Versandhauspaketen in die DDR müssen bei der DP kurzfristig Voraussetzungen für die Beförderung und den Umschlag von Paletten und Textilbehältern geschaffen werden. Dazu wird eine spezielle Beratung der Unterarbeits-

gruppe Postbeförderung unter Hinzuziehung weiterer Experten (zweckmäßigerweise am Standort eines großen Versandhandelsunternehmens) notwendig. Ort und Termin dafür werden noch vereinbart.

Ferner wurde die Unterarbeitsgruppe Postbeförderung beauftragt, längerfristig die Frage einer Kompatibilität der beiderseitigen Rollbehältersysteme zu untersuchen.

#### Zu 5.3.:

ZVL und VL wurden beauftragt, gemeinsame einfache Laufzeitprüfungen für den gegenseitigen Postverkehr (ab Fahrplanwechsel zunächst vorrangig für den Briefverkehr) abzusprechen und durchzuführen.

#### Zu 5.4.:

Die von der DP übergebenen Vorschläge für eine Aufgabenabgrenzung zwischen GDP/MPF und ZVL/VL wurden erörtert, bedürfen aber wegen des bei beiden Verwaltungen noch nicht abgeschlossenen Strukturwandels einer weiteren Präzisierung.

Zu den Planungsberatungen der ZVL und den Kursbesprechungen der VL werden Vertreter der jeweils anderen Verwaltung eingeladen.

#### Zu 7.:

- Für August/September 1990 ist die gemeinsame Herausgabe eines PLZ-Verzeichnis beider Verwaltungen vorgesehen (Herstellung durch die DBP). Grundlage sollen die bei der DBP vorhandenen Satzspiegel beider PLZ-Systeme bilden, aktualisiert durch die gegenwärtig beim ZPF/Bereich VL erfaßten Speicherdaten der PLZ der DDR. Es wird vereinbart, daß Fachleute beider Verwaltungen für die Gemeinschaftsausgabe Vorschläge für Titelgestaltung, Vorbemerkungen und Anpassung der Anhänge zu erarbeiten und mit der Arbeitsgruppe Postverkehr abstimmen. Der Vertrieb soll in den Bereichen beider Verwaltungen zu gleichen Bedingungen erfolgen. Der Erstbedarf für den Bereich der DP muß noch ermittelt werden.

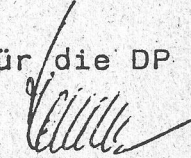
- Die Vertreter der DBP regten an, zur Verbesserung der gegenseitigen Information über die Arbeitsgruppentätigkeit hinaus den Fachbereichsleitern der GDP und analog Mitarbeitern des MPF die Möglichkeit einzuräumen, sich durch Arbeitsbesuche einen Einblick in die Betriebsorganisation der jeweils anderen Verwaltung zu verschaffen. Dem Vorschlag wurde von den Vertretern der DP zugestimmt. Beide Verwaltungen teilen sich die konkreten Besucherwünsche (Teilnehmerkreis, Terminvorstellungen, interessierende Aufgabenbereiche) auf dem Schriftwege mit und vereinbaren anschließend die Modalitäten.

Es wurde vereinbart, die 4. Beratung der Arbeitsgruppe vom 21. bis 23. Mai 1990 in Hamburg durchzuführen.

Für die DBP Postdienst

  
Brüb  
Direktor

Für die DP

  
Heinrich  
Oberdirektor

Beratungsteilnehmer

Von seiten der DBP

Herr Karl Heinz Brüß  
Herr Dr. Herbert Lotze  
Herr Hans Georg Schneider  
Herr Klaus Ruof  
Frau Dr. Susanne Söldner-Rembold  
Herr Bruno Nowicki

Von seiten der DP

Herr Dieter Heinrich  
Herr Eberhardt Schumann  
Frau Gisela Sternberg  
Herr Rainer Spänkuch  
Herr Gerhard Königsdörfer  
Herr Hans-Joachim Dorn

sowie zeitweise

Herr Karl-Ulrich Friedrichs, Direktor  
Abteilungsleiter Postbeförderung im MPF  
Tel. 2 31 20 15